
Resolution des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Komintern) über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale, 6. August 1920

Zusammenfassung

Am 6. August 1920 nahm das Plenum des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Komintern oder III. Internationale) die "21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale" an. Mit Hilfe dieser Leitsätze sollte die bis dahin heterogene, weltweite revolutionäre Arbeiterbewegung gestrafft und diszipliniert werden, indem den jungen kommunistischen Parteien aufgetragen wurde, sich von sämtlichen "Reformisten" und "Zentristen" in ihren Reihen zu trennen. Desweiteren wurden sie verpflichtet, sich den Anweisungen der Kominternführung in Moskau zu beugen. Obwohl es noch einige Jahre dauerte, bis die später sogenannte "Bolschewisierung" der kommunistischen Parteien nach Vorbild der russischen RKP(b) abgeschlossen war, bildete die Annahme der "21 Bedingungen" die Grundlage für den Prozeß der Unterwerfung der ausländischen Kommunisten unter den Willen Moskaus.

Einführung

Als sich die Delegierten des II. Weltkongresses der Komintern vom 23. Juli bis 7. August 1920 in den Räumen des Kreml-Palastes in Moskau versammelten, durchlebte die kommunistische Bewegung eine Phase der revolutionären Euphorie: Nach dem Sieg im russischen Bürgerkrieg und dem erfolgreichen Gegenangriff der sowjetischen Truppen im polnisch-sowjetischen Krieg stand die Rote Armee im Sommer 1920 kurz vor Warschau – nun schien sich endlich die Gelegenheit zu bieten, die Revolution nach Westen zu tragen und sie somit tatsächlich zu einer "Weltrevolution" zu machen. Aufmerksam verfolgten die Delegierten die Frontbewegungen, die im Raucherzimmer neben dem ehemaligen Thronsaal mit Fähnchen an einer großen Wandkarte täglich dokumentiert wurden. Große Hoffnungen setzte man in Moskau insbesondere darauf, so bedeutende Massenparteien wie die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) und die italienischen Sozialisten für die III. Internationale gewinnen zu können. Begeistert telegraphierte Lenin vom Kongreß aus an Stalin, der sich an der Front befand:

"Die Lage in der Komintern ist hervorragend. Zinov'ev, Bucharin und auch ich denken, daß man sofort die Revolution in Italien auslösen sollte. Meiner Meinung nach müßte man dafür Ungarn sowjetisieren und vielleicht auch Tschechien und Rumänien."^[1]

Allerdings stellte die Komintern ein gutes Jahr nach ihrem von nur 35 Delegierten besuchten Gründungskongreß (2.-6. März 1919) nicht mehr als ein Konglomerat recht unterschiedlicher Parteien dar. Grigorij Zinov'ev, der erste Vorsitzende der

[1] Telegramm Lenins an Stalin [23.7.1920], in: Drabkin, Ja. (Hg.), Komintern i ideja mirovoj revoljucii. Dokumenty, Moskau 1998, Dok. Nr. 39, S. 186.

Komintern, erklärte daher auf dem II. Weltkongreß der Komintern, es müsse nun geklärt werden, "was wir als Kommunistische Internationale eigentlich sind und was wir sein wollen." Zinov'ev selbst hatte allerdings schon recht klare Vorstellungen: Im Gegensatz zur II. Internationale dürfe die Komintern kein loser Verbund autonomer Parteien werden, sondern müsse sich in eine straff organisierte, tatkräftige Weltpartei verwandeln. Viele der "Reformisten", die nun in die Komintern strömten, so Zinov'ev, hätten aber die Auffassung, "daß die Kommunistische Internationale ein gutes Gasthaus ist, wo Vertreter verschiedener Länder die "Internationale" absingen und sich gegenseitig Komplimente machen." [2]

Entsprechend diesen Vorstellungen dienten die von Zinov'ev am folgenden Tag vorgestellten Aufnahmebedingungen dazu, erstens die reformistische Spreu vom revolutionären Weizen zu trennen und zweitens die Mitgliedsparteien der Komintern in ein eindeutiges Unterordnungsverhältnis gegenüber der Kominternführung in Moskau zu bringen. "Es wird für die Parteien aller Länder sehr nützlich sein," so bekannte Zinov'ev in seinem Schlußwort, "wenn sie etwas Furcht vor der Kommunistischen Internationale bekommen." [3] In geradezu redundanter Form wurde den Parteien in den "Bedingungen" aufgetragen, diejenigen Mitglieder von ihren Posten abzurufen und aus der Partei auszuschließen, die nicht konsequent für eine revolutionäre Politik eintraten. An deren Stelle sollten "erfahrene Kommunisten" treten, die tatsächlich nach bolschewistischen Prinzipien handelten (Bedingungen 1, 2, 7, 11, 13, 20, 21). Überhaupt sollte der Bruch mit jeglichen Reformisten öffentlich vollzogen werden (Bedingungen 6, 10) – um dies zu besiegeln, waren die Parteien angehalten, sich gegebenenfalls neue, kommunistische Programme zu geben (Bedingung 15). Um die "eiserne Disziplin" der Parteimitglieder sicherzustellen, sollte zum einen die innere Struktur der kommunistischen Parteien nach dem autoritären Prinzip des "demokratischen Zentralismus" umgestaltet werden (Bedingung 12), zum anderen wurden die Beschlüsse des Kominternkongresses und des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) für alle Parteien als "bindend" erklärt (Bedingung 16). Die Parteien wurden zudem verpflichtet, alle wichtigen Dokumente der Komintern in ihren Presseorganen abzudrucken (Bedingung 18). Fortan mußten sich sämtliche Parteien als "Kommunistische Partei" bezeichnen und den Zusatz "Sektion der Kommunistischen Internationale" tragen, um zu verdeutlichen, daß sie nun die territorialen Gliederungen einer Weltpartei darstellten. Weitere Punkte betrafen den Aufbau eines illegalen Apparates (Bedingung 3), die Agitation unter den Bauern (Bedingung 5) und in den Gewerkschaften und Genossenschaften (Bedingung 9), sowie die Kolonialfrage (Bedingung 8) und die Verpflichtung, anderen Sowjetrepubliken (vorerst also vor allem Sowjetrußland) bei einem Angriff beizustehen (Bedingung 14).

Die Hartnäckigkeit, mit der die Kominternführung in den "21 Bedingungen" den Alleinvertretungsanspruch innerhalb der revolutionären Arbeiterbewegung beanspruchte, hatte einen konkreten Anlaß, der in den Vorbemerkungen zu den "Bedingungen" ausdrücklich erwähnt wurde: Kein Kommunist, hieß es dort, dürfe die Lehren der gescheiterten ungarischen Räterepublik (21. März - 1. August 1919) vergessen, die nach Meinung der Moskauer Funktionäre hauptsächlich aufgrund des

[2] Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August in Moskau, Hamburg 1921 (= Bibliothek der Kommunistischen Internationale 22), S. 234, 239f.

[3] Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale, S. 382.

"Verrates" durch die sozialdemokratischen Regierungspartner der ungarischen Kommunisten gescheitert war. Deutlich spiegelte sich in diesen "Lehren" die spezifisch bolschewistische Verschwörungslogik wider, die Mißerfolge auf dem Wege zur Revolution nur als Resultat von Tücke und Sabotage sehen konnte. Lenin sah im Scheitern des ungarischen Experimentes seine Theorie bestätigt, daß sich eine proletarische Revolution nur mit einer elitären und willensstarken Kadertruppe erfolgreich durchführen ließe.

Die "21 Bedingungen" waren zwar aufgrund der ungarischen Erfahrungen entwickelt worden, zunächst aber vor allem für die USPD bestimmt. Diese Arbeiterpartei – sie war nach der SPD und weit vor der jungen KPD die zweitgrößte Deutschlands – verhandelte seit dem Frühsommer 1920 mit Moskau über eine Aufnahme in die Komintern und sollte mittels der "21 Bedingungen" gespalten werden. Deutlich wird dies insbesondere aus dem Appell Karl Radeks an die "linken" USPD-Delegierten auf dem II. Kominternkongreß, nun "den kleinmütigen Geist, den schwachen revolutionären Willen mit glühendem Eisen aus der Partei zu vertreiben!"^[4] Weil sich die vierköpfige Delegation der USPD zunächst aber nicht auseinanderdividieren ließ, veranlaßte Lenin schließlich eine Verschärfung der "Bedingungen". Den ursprünglich 19 Punkten wurden weitere hinzugefügt: So mußten diejenigen Parteien, die der III. Internationale beitreten wollten, dafür sorgen, daß "nicht weniger als zweidrittel" der Mitglieder ihrer zentralen Institutionen Genossen wären, die sich schon vor dem II. Kongreß der Komintern öffentlich für den Eintritt in die III. Internationale ausgesprochen hatten (Bedingung 20). Zudem waren alle Parteimitglieder, die die "Bedingungen" der Komintern ablehnten, aus der Partei auszuschließen (Bedingung 21). Diese verschärfte Fassung wurde vom Kongreß am 6. August 1920 bei zwei Gegenstimmen angenommen.

Da die USPD der damalige Hauptadressat war, lassen sich die Reaktionen auf die "21 Bedingungen" an ihrem Beispiel auch am besten untersuchen. Unmittelbar nach der Rückkehr der USPD-Delegation aus Moskau entbrannte in der Partei endlich die von der Komintern erwünschte, heftige Diskussion darüber, ob die "Bedingungen" anzunehmen seien oder nicht. Während die Vorgaben der Komintern vor allem von den (älteren) Parteifunktionären mehrheitlich als ein "Diktat Moskaus" betrachtet wurden^[5], bildete sich besonders bei den jüngeren Mitgliedern der Parteibasis die Tendenz heraus, die "Bedingungen" zu akzeptieren. Bei den Urwahlen, mit denen die Delegierten des Sonderparteitages der USPD bestimmt wurden, auf dem über die Annahme der "Bedingungen" entschieden werden sollte, wurden mehrheitlich Kandidaten gewählt, die sich für die Annahme ausgesprochen hatten: Die Anziehungskraft der erfolgreichen russischen Revolution war für viele USPD-Mitglieder so groß, daß sie die "Bedingungen" als notwendige Voraussetzung akzeptierten, um dem Beispiel der Bolschewiki nacheifern zu können. Aus diesen Vorgängen wird ersichtlich, daß die Vorrangstellung der Russen in der Komintern keineswegs erzwungen werden mußte, vielen erschien sie ganz natürlich zu sein.

Weil die Delegierten mit gebundenem Mandat über Listen gewählt worden waren, stand schon vor dem Parteitag, der Mitte Oktober 1920 in Halle stattfand, das Ergebnis fest; die vierstündige Rede Zinov'evs vor den Delegierten hatte daher keinen ausschlaggebenden Effekt mehr. Am 17. Oktober spalteten sich die auf dem Parteitag erwartungsgemäß unterlegenen Gegner der "21 Bedingungen" ab und gründeten eine eigene USPD. Die linke Mehrheit vollzog wenige Monate später am

[4] Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale, S. 260.

[5] Vgl. den Leitartikel "Das Diktat Moskaus" [25.8.1920], in: Leipziger Volkszeitung, Nr. 169.

4. Dezember 1920 die Vereinigung mit der KPD zur VKPD.

Vergleichbare Vorgänge wie in der USPD vollzogen sich auch in anderen Arbeiterparteien. Aus Sicht ihrer Autoren waren die "21 Bedingungen" somit überaus erfolgreich, denn mit ihnen wurde die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung zementiert. Wenn es in den folgenden Jahren eine Konstante in der Politik der Komintern gab, so war dies ihre Feindschaft gegen alle übrigen Strömungen in der Arbeiterbewegung außerhalb der III. Internationale. Insofern war auch die stalinistische "Sozialfaschismus"-These nur die konsequente Weiterentwicklung des leninistischen Alleinvertretungsanspruches der Komintern. Vor allem aber richteten sich die "21 Bedingungen" nach innen – so beklagte die Kominternführung in den Jahren nach 1920 immer die "sozialdemokratischen Überreste" und "demokratischen Illusionen" in den kommunistischen Sektionen.

Doch ist es fraglich, ob derartige Klagen tatsächlich "fundiert" waren, ob es also vor allem in Deutschland zunächst tatsächlich noch die Möglichkeit für einen "demokratischen Kommunismus" gegeben hat. Zwar war die organisatorische Abhängigkeit der kommunistischen Parteien von Moskau in den Anfangsjahren der Komintern noch nicht so umfassend wie zur Zeit der stalinistischen Herrschaft – aber indem sich die Kommunisten mit der Annahme der "21 Bedingungen" auf das bolschewistische Revolutions- und Organisationsmodell orientierten, begaben sie sich in eine ideologische und moralische Abhängigkeit, mit der sie die Bolschewiki aus eigenen Stücken als oberste Entscheidungsinstanz akzeptierten.

Die "21 Bedingungen" wurden allerdings selbst in der westlichen Forschung häufig nur als Voraussetzung für die vermeintlich erst später – nämlich 1924 – einsetzende "Bolschewisierung" der kommunistischen Parteien gesehen und in ihrer Bedeutung daher unterschätzt. Es dürfte kaum überraschen, daß die "21 Bedingungen" in der post-stalinistischen Forschung der Sowjetunion und der DDR noch weniger thematisiert wurden. Dort war das Bemühen stark, zwischen einem ursprünglichen Kommunismus und seiner durch Stalin und seine Mitstreiter korrumpierten Variante zu unterscheiden. Diese Auffassung findet sich noch heute in vielen Veröffentlichungen wieder. Sie sehen die organisatorischen Maßnahmen der stalinistischen Führungselite gegen Nikolaj Bucharin nicht nur als graduelle Verschärfung längst eingeübter Politikstile, sondern auch als einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte des Kommunismus.

Bert Hoppe

Quellen- und Literaturhinweise

Catell, D. T., "The Hungarian revolution of 1919 and the Reorganization of the Comintern in 1920", in: Journal of Central European Affairs, 1951, Jg. 11, S. 27-38.

Institut Marksizma-Leninizma pri CK KPSS (Hg.), Vtoroj kongress Kominterna. Razrabotka kongressom idejnych, takti#eskich i organizacionnych osnov kommunisti#eskich partij, Moskau 1972.

Löwenthal, R., "The Bolshevisation of the Spartakus League", in: Footman, D. (Hg.), International Communism, London 1960, S. 23-71.

Pjatnickij, O., Die vom 2. Weltkongreß der Komintern angenommenen Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale und die Reinigung der kommunistischen Parteien, Moskau 1933.

Wheeler, R. F., "Die "21 Bedingungen" und die Spaltung der USPD im Herbst 1920. Zur Meinungsbildung der Basis", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1975, Jg. 25, S. 117-154.

[Zinov'ev] Sinowjew, G., Die 21 Bedingungen der Leninschen Komintern, o.O. o.J.

[Zinov'ev] Sinowjew, G., Die Weltrevolution und die III. Internationale! Rede des

Vorsitzenden vom Exekutivkomitee der III. Internationale auf dem Parteitage der USPD in Halle am 14. Oktober 1920, Halle o.J.

Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August in Moskau, Hamburg 1921 (= Bibliothek der Kommunistischen Internationale 22).

RESOLUTION ÜBER DIE BEDINGUNGEN DER AUFNAHME IN DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Der erste oder Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale hat keine genauen Bedingungen für die Aufnahme der einzelnen Parteien in die III. Internationale ausgearbeitet. Zur Zeit der Einberufung des I. Kongresses bestanden in den meisten Ländern nur kommunistische *Richtungen und Gruppen*.

Unter ganz anderen Verhältnissen tritt der II. Kongreß der Komunistischen Internationale zusammen. Jetzt bestehen in den meisten Ländern nicht mehr nur kommunistische Strömungen und Richtungen, sondern kommunistische *Parteien und Organisationen*.

An die Kommunistische Internationale wenden sich jetzt immer öfter Parteien und Gruppen, die noch unlängst zur II. Internationale gehörten, jetzt in die III. Internationale eintreten wollen, aber noch keine wirklich kommunistischen Organisationen geworden sind. Die II. Internationale ist endgültig zerschlagen. Die Zwischenparteien und Zwischengruppen des "Zentrums", die die völlig hoffnungslose Lage der II. Internationale erkennen, versuchen, sich an die immer mehr erstarkende Kommunistische Internationale anzulehnen, wobei sie jedoch hoffen, eine "Autonomie" zu behalten, die ihnen die Möglichkeit geben soll, ihre frühere opportunistische oder "zentristische" Politik fortzusetzen. Die Kommunistische Internationale wird in einem gewissen Grade zur Mode.

Das Verlangen einiger führender Gruppen des "Zentrums", in die kommunistische Internationale einzutreten, ist eine indirekte Bestätigung dafür, daß Kommunistische Internationale die Sympathien der gewaltigen Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt erobert hat und von Tag zu Tag zu einer immer größeren Macht wird.

Unter gewissen Umständen kann für die Kommunistische Internationale die Gefahr entstehen, daß sie durch wankelmütige Gruppen verwässert wird, die eine Politik der Halbheiten treiben und sich von der Ideologie der II. Internationale noch nicht frei gemacht haben.

Außerdem besteht in einigen Parteien (Italien, Schweden, Norwegen, Jugoslawien u.a.), deren Mehrheit auf dem Standpunkt des Kommunismus steht, immer noch ein bedeutender reformistischer und sozialpazifistischer Flügel, der nur auf den Augenblick wartet, um von neuem das Haupt zu erheben, eine aktive Sabotage der proletarischen Revolution zu beginnen und dadurch der Bourgeoisie und der II. Internationale zu helfen.

Kein einziger Kommunist darf die Lehren der Ungarischen Räterepublik vergessen. Die Verschmelzung der ungarischen Kommunisten mit den sogenannten "linken" Sozialdemokraten ist dem ungarischen Proletariat teuer zu stehen gekommen.

Deshalb erachtet es der II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale für notwendig, ganz genaue Bedingungen für die Aufnahme von neuen Parteien festzusetzen und die Parteien, die bereits in die Kommunistische Internationale aufgenommen worden sind, auf ihre Pflichten hinzuweisen.

Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale beschließt:

Für die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale gelten folgende Bedingungen:

1. Die tagtägliche Propaganda und Agitation muß einen wirklich kommunistischen Charakter tragen und dem Programm und den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale entsprechen. Alle Presseorgane, die sich in den Händen der Partei befinden, müssen von zuverlässigen Kommunisten redigiert werden, die ihre Hingabe an die Sache des Proletariats bewiesen haben. Von der Diktatur des Proletariats darf man nicht einfach wie von einer landläufigen, eingepakten Formel sprechen, sondern muß sie so propagieren, daß ihre Notwendigkeit jedem einfachen Arbeiter, jeder Arbeiterin, jedem Soldaten, jedem Bauer auf Grund der Tatsachen des täglichen Lebens klar werde, die von unserer Presse systematisch, tagaus, tagein hervorgehoben werden.

Die periodische und nichtperiodische Presse und alle Parteiverlage müssen vollkommen dem Zentralkomitee der Partei unterstellt werden, ganz gleich, ob die Partei in ihrer Gesamtheit in dem betreffenden Moment legal oder illegal ist. Es ist unzulässig, daß die Verlage ihre Autonomie mißbrauchen und eine Politik treiben, die nicht ganz der Politik der Partei entspricht.

In den Spalten der Presse, in den Volksversammlungen, den Gewerkschaften, den Genossenschaften – überall, wohin die Anhänger der III. Internationale Zutritt erlangen, muß man nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Helfershelfer, die Reformisten aller Schattierungen, systematisch und unbarmherzig brandmarken.

2. Jede Organisation, die der Kommunistischen Internationale beitreten will, muß planmäßig von allen irgendwie verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung (in den Parteiorganisationen, Redaktionen, Gewerkschaften, Parlamentsfraktionen, Genossenschaften, Gemeindeverwaltungen usw.) die Reformisten und Anhänger des "Zentrums" entfernen und an ihre Stelle bewährte Kommunisten setzen, ohne sich daran zu kehren, daß man mitunter in der ersten Zeit "erfahrene Führer" durch einfache Arbeiter wird ersetzen müssen.

3. Fast in allen Ländern Europas und Amerikas tritt der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkrieges ein. Unter derartigen Verhältnissen können die Kommunisten kein Vertrauen zu der bürgerlichen Legalität haben. Sie sind verpflichtet, überall einen parallelen illegalen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei helfen soll, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen. In allen Ländern, wo die Kommunisten infolge des Belagerungszustandes und der Ausnahme Gesetze nicht die Möglichkeit haben, ihre gesamte Arbeit legal zu leisten, ist die Verknüpfung der legalen mit der illegalen Tätigkeit eine unbedingte Notwendigkeit.

4. Die Pflicht zur Verbreitung der kommunistischen Ideen erfordert insbesondere, daß man eine hartnäckige, planmäßige Propaganda in der Armee treibe. Wo diese Agitation durch Ausnahme Gesetze verboten ist, muß man sie illegal treiben. Die Ablehnung einer solchen Arbeit wäre gleichbedeutend mit einem Verrat an der revolutionären Pflicht und unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur III. Internationale.

5. Notwendig ist eine systematische und planmäßige Agitation auf dem Lande. Die Arbeiterklasse kann ihren Sieg nicht sichern, wenn sie nicht wenigstens einen Teil der Landarbeiter und armen Bauern für sich gewinnt und einen Teil der übrigen Dorfbevölkerung durch ihre Politik neutralisiert. Die Arbeit der Kommunisten auf dem Lande erlangt in der gegenwärtigen Epoche die allergrößte Bedeutung. Diese Arbeit muß man hauptsächlich mit Hilfe der revolutionären kommunistischen (städtischen und ländlichen) Arbeiter leisten, die mit dem flachen Lande Verbindung haben. Der Verzicht auf diese Arbeit und ihre Übergabe in unzuverlässige, halbreformistische Hände wäre gleichbedeutend mit einem Verzicht auf die proletarische Revolution.

6. Jede Partei, die der III. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, nicht nur den offenen Sozialpatriotismus, sondern auch die Falschheit und Heuchelei des

Sozialpazifismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, daß ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei internationale Schiedsgerichte, keinerlei Abkommen über Einschränkung der Kriegsrüstungen, keinerlei "demokratische" Reorganisation des Völkerbundes imstande sein wird, die Menschheit vor neuen imperialistischen Kriegen zu bewahren.

7. Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünschen, müssen die Notwendigkeit des vollständigen Bruchs mit dem Reformismus und der Politik des "Zentrums" anerkennen und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitgliedschaft propagieren. Ohne das ist eine konsequente kommunistische Politik nicht möglich.

Die Kommunistische Internationale fordert kategorisch und ultimativ die Vollziehung dieses Bruches in kürzester Frist. Die Kommunistische Internationale kann sich nicht damit abzufinden, daß notorische Opportunisten, wie Turati, Kautsky, Hilferding, Hillquit, Languet, Macdonald, Modigliani u. a. das Recht haben sollen, für Angehörige der III. Internationale zu gelten. Das würde nur dazu führen, daß die III. Internationale in hohem Maße der zugrundegegangenen II. Internationale ähnlich werden würde.

8. In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen müssen die Parteien jener Länder, deren Bourgeoisie Kolonien besitzt und andere Nationen unterdrückt, eine besonders klare, eindeutige Stellung einnehmen. Jede Partei, die der III. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die Machinationen "ihrer" Imperialisten in den Kolonien rücksichtslos zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur mit Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer eigenen Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes wirklich brüderliche Gefühle für die werktätige Bevölkerung der Kolonien und der unterdrückten Nationen zu wecken und unter den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der Kolonialvölker zu treiben.

9. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, systematisch, hartnäckig innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeitersowjets, der Betriebsräte, der Genossenschaften und anderen Massenorganisationen kommunistische Arbeit zu leisten. In diesen Organisationen muß man kommunistische Zellen bilden, um durch langwierige, hartnäckige Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus zu gewinnen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit auf Schritt und Tritt den Verrat der Sozialpatrioten und den Wankelmut des "Zentrums" zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen vollkommen der Gesamtpartei untergeordnet sein.

10. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale angehört, ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer "Internationale" der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie muß unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern beharrlich die Notwendigkeit des Bruches mit der gelben Amsterdamer Internationale propagieren. Sie muß die in der Entstehung begriffene internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen, mit allen Mitteln unterstützen.

11. Parteien, die der III. Internationale angehören wollen, sind verpflichtet, die Zusammensetzung ihrer Parlamentsfraktionen einer Prüfung zu unterziehen, alle unzuverlässigen Elemente aus ihnen zu entfernen, diese Fraktionen nicht nur formell, sondern in der Tat den Zentralkomitees unterzuordnen, von jedem einzelnen kommunistischen Parlamentsmitglied zu fordern, daß es seine gesamte Tätigkeit den Interessen einer wirklich revolutionären Propaganda und Agitation unterordne.

12. Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut sein. In der gegenwärtigen

Zeit des verschärften Bürgerkrieges ist die Kommunistische Partei nur dann imstande, ihre Pflicht zu erfüllen, wenn sie möglichst zentralistisch organisiert ist und eine eiserne, fast militärische Disziplin in ihr herrscht, wenn ihr Parteizentrum ein starkes, autoritatives Organ mit weitgehenden Vollmachten ist, das das allgemeine Vertrauen der Parteimitgliedschaft genießt.

13. Die kommunistischen Parteien aller Länder, in denen die Kommunisten legal arbeiten, müssen periodisch Reinigungen (Umregistrierungen) des Mitgliedsbestandes der Parteiorganisationen vornehmen, um die Partei planmäßig von den kleinbürgerlichen Elementen zu säubern, die sich unvermeidlich an sie anheften.

14. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, jede Sowjetrepublik in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte rückhaltlos zu unterstützen. Die kommunistischen Parteien müssen eine tatkräftige Propaganda unter den Arbeitern treiben, damit sie es ablehnen, Waffen und Munition für die Feinde der Sowjetrepubliken zu transportieren, müssen legal oder illegal unter den Truppen Propaganda treiben, die zur Erdrosselung der Arbeiterrepubliken angesandt werden usw.

15. Parteien, die bisher noch bei ihren alten sozialdemokratischen Programmen geblieben sind, müssen in möglichst kurzer Zeit diese Programme revidieren und, entsprechend den besonderen Verhältnissen ihres Landes, ein neues, kommunistisches Programm im Geiste der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale ausarbeiten. In der Regel muß das Programm einer jeden zur Kommunistischen Internationale gehörenden Partei von dem Kongreß der Kommunistischen Internationale oder ihrem Exekutivkomitee bestätigt werden. Wird das Programm dieser oder jener Partei vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale nicht bestätigt, so hat die betreffende Partei das Recht, an den Kongreß der Kommunistischen Internationale zu appellieren.

16. Alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale wie auch die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees sind für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien bindend. Die Kommunistische Internationale, die in einer Periode des schärfsten Bürgerkrieges tätig ist, muß viel zentralisierter aufgebaut sein als die II. Internationale. Dabei müssen selbstverständlich die Kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee in ihrer gesamten Tätigkeit den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung tragen, unter denen die verschiedenen Parteien kämpfen und arbeiten, und dürfen allgemeinverbindliche Beschlüsse nur in solchen Fragen fassen, wo solche Beschlüsse möglich sind.

17. Im Zusammenhang damit müssen alle Parteien, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen wollen, ihren Namen ändern. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale beitreten will, muß den Namen führen: *Kommunistische Partei* dieses oder jenes Landes (Sektion der III. Kommunistischen Internationale). Die Frage der Benennung ist keine bloß formelle Angelegenheit, sondern eine politische Frage von großer Bedeutung. Die Kommunistische Internationale hat der ganzen bürgerlichen Welt und allen gelben sozialdemokratischen Parteien entschiedenen Kampf angesagt. Jedem einfachen Werk­tätigen muß der Unterschied zwischen den kommunistischen Parteien und den alten offiziellen "sozialdemokratischen" oder "sozialistischen" Parteien, die das Banner der Arbeiterklasse verraten haben, vollkommen klar sein.

18. Alle führenden Presseorgane der Parteien aller Länder sind verpflichtet, alle wichtigen Dokumente des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale abzu­drucken.

19. Alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören oder einen

Antrag auf Beitritt gestellt haben, sind verpflichtet, in kürzester Frist, aber nicht später als vier Monate nach dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, um diese Verpflichtungen zu prüfen. Dabei müssen die Zentralkomitees dafür sorgen, daß die Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale allen örtlichen Organisationen bekannt sind.

20. Diejenigen Parteien, die jetzt in die III. Internationale eintreten wollen, aber bisher ihre frühere Taktik nicht radikal geändert haben, müssen vor ihrem Eintritt in die Kommunistische Internationale dafür sorgen, daß nicht weniger als zwei Drittel der Mitglieder ihrer Zentralkomitees und aller wichtigsten zentralen Parteikörperschaften aus Genossen bestehen, die sich noch vor dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale unzweideutig für den Anschluß an die Kommunistische Internationale öffentlich ausgesprochen haben. Ausnahmen sind zulässig mit Zustimmung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat das Recht, auch für die in § 7 genannten Vertreter des "Zentrums" Ausnahmen zu machen.

21. *Parteimitglieder, die die von der Kommunistischen Internationale aufgestellten Verpflichtungen und Leitsätze grundsätzlich ablehnen, müssen aus der Partei ausgeschlossen werden.*

Dasselbe gilt namentlich für Delegierte des außerordentlichen Parteitages.

Rev. Übersetzung hier nach: Nollau, G., Die Internationale. Wurzeln und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus, Köln 1959, S. 236-242.

Faksimile

Die 16 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Hier nach: RGASPI, f. 489, op. 1, d. 16, l. 5-12. Kopie.

© Faksimile. Federal'naja Archivnaja Služba Rossii. Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-politi#eskoj istorii (RGASPI). Moskau. 2003

Quelle: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0010_int.pdf

Datum: 16. September 2011 um 17:07:01 Uhr CEST.

© BSB München
